

Personenfreizügigkeit: Der Endspurt wird entscheiden

Die Abstimmung über den freien Personenverkehr wird gewinnen, wer in den nächsten Tagen besser mobilisiert. Darum hecken die Parteien bis zuletzt Ideen aus, um ihre Leute an die Urne zu locken.

Von **Daniel Friedli**

So knapp war es früher nie. Zwei Wochen vor der Abstimmung über die Fortsetzung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist der Vorsprung der Befürworter auf sieben Prozentpunkte geschrumpft. Wäre letztes Wochenende abgestimmt worden, hätten 50 Prozent der Stimmberechtigten ein Ja in die Urne gelegt, 43 Prozent ein Nein. 7 Prozent waren laut dem SRG-Abstimmungsbarometer noch unentschieden.

Seit der letzten Umfrage hat das Nein-Lager damit um 3 Prozentpunkte zugelegt – etwas stärker als jenes der Befürworter, das sich um 1 Prozentpunkt verbesserte. Und darum ist das Schicksal der Personenfreizügigkeit nun so offen, wie es bei den früheren Abstimmungen so kurz vor Schluss nie war: Beim ersten Votum im Jahr 2000 lagen die Befürworter bei der letzten Umfrage um 39 Prozentpunkte voraus. Und bei der ersten Erweiterung, der 2005 letztlich 56 Prozent der Schweizer

zustimmten, betrug der Vorsprung 12 Prozentpunkte. Auch darum rechnet Studienleiter Claude Longchamp vom Forschungsinstitut gfs.bern damit, dass es dieses Mal «eine ganz knappe Angelegenheit» wird.

Dementsprechend herrscht auf den Parteizentralen beider Lager noch beträchtliche Nervosität. «Gerade beruhigend ist dieser Vorsprung nicht», sagt Lena Schneller, die für die Jungfreisinnigen an vorderster Front für ein Ja kämpft. Und umgekehrt haben die Gegner aus der SVP noch keineswegs aufgegeben. Referendumsführer Lukas Reimann spürt in der Bevölkerung noch viel Unsicherheit und kündigt an: «Wir werden um jede Stimme kämpfen.»

Mit Deiss, Punsch und Fresspaketen

Damit deutet Reimann an, was Politologe Longchamp in seiner Analyse unumwunden festhält: «Entscheiden wird der Abstimmungskampf der letzten Tage.» Und für diesen Schlusspunkt ziehen die Parteistrategen nochmals alle Register. Die CVP reaktiviert heute Alt-Bundesrat Joseph Deiss, um ihre mit derzeit 29 Prozent Nein-Sagern noch skeptische Basis zu überzeugen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse lässt in Anlehnung an seine Kampagne mit dem Apfelbaum an den Bahnhöfen Apfelpunsch ausschenken,

und SP und FDP bläuen ihren Anhängern per Rundmail ein, dass wirklich jede Stimme zählt.

Auch die Jungparteien lassen nichts unversucht, um noch Unentschlossene in ihrem Sinn an die Urne zu locken. Das Ja-Lager aus FDP, CVP, SP und Grünen schickte in den letzten Tagen «Fresspäckli» ins Militär, gefüllt mit gesponserten Zweifelchips, Hug-Guetsli und Abstimmungspropaganda. Seit Tagen machen zudem Mails die Runde, in denen der frühere «Tageschau»-Sprecher Charles Clerc die Empfänger per Videobotschaft persönlich für die Folgen eines Neins verantwortlich

macht. Das gegnerische Lager um Lukas Reimann lässt derweil noch massenhaft SMS und Mails verschicken, in denen es kurz und bündig warnt: «Job verlieren? 8. Februar: Nein.»

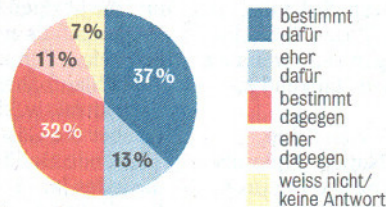
Job-Angst hilft den Gegnern

Die SVP greift damit bewusst die sich häufenden Meldungen über Stellenabbau auf – und dies nicht ohne Grund. Auch Longchamp ist in seiner Umfrage zum Schluss gekommen, dass die schlechte Wirtschaftslage der Pro-Kampagne eindeutig schadet. Und dass umgekehrt die Angst vor steigendem Druck auf dem Arbeitsmarkt das zugkräftigste Nein-Argument ist. SVP-Kampagnenführer Pirmin Schwander vermutet darum gar, dass gewisse Firmen mit Entlassungen bewusst noch zuwarten, bis die Abstimmung vorüber ist.

Beim Verband der Maschinenindustrie weist man dies zurück: «Kein Arbeitgeber spielt aus politischen Gründen mit seinem Betrieb», sagt Kommunikationschef Ruedi Christen. Da zählten das Wohl der Firma, das Arbeitsrecht und der Börsenkurs mehr. Der Wirkung der schlechten Konjunktur ist sich aber auch die Wirtschaft bewusst – weshalb sie auf Beruhigung setzt: «Es gibt keinen Grund, vom bewährten bilateralen Weg abzukommen», lautet die Kernbotschaft ihrer Schlussoffensive.

Abstimmung Personenfreizügigkeit vom 8. Februar

Das Institut Gfs Bern befragte 1211 Personen in allen Landesteilen: «Wenn morgen schon über die Personenfreizügigkeit abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen, bestimmt dagegen oder bestimmt dagegen?»



TA-Grafik mru / Quelle: Trendanalyse gfs.bern